

„Kommunale Wahlen und Medien“

RUNDTISCHGESPRÄCH, 19. MÄRZ 2009, ZAGREB

Am 17. Mai 2009 finden in ganz Kroatien Kommunalwahlen statt. Zum ersten Mal werden die Bürgermeister und ihre Stellvertreter direkt gewählt, eine Neuigkeit für die Wähler aber auch für die Kandidaten. Um einen Blick auf die vorstehende Wahlen zu werfen und auch die Rolle der Medien in diese Wahlen erläutern zu versuchen, veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsbüro Kroatien zusammen mit Media Servis ein Rundtischgespräch zum Thema „Kommunalwahlen und Medien“, das am 19. März 2009 im Multimedial-Zentrum von Media Servis stattfand. Unter den Gästen war auch der Bürgermeisterkandidat der Stadt Zagreb, Jasen Mesić, und die Bürgermeisterkandidaten der Stadt Koprivnica, Stanislav Biondić und Zvonimir Mršić.

Prof. Dr. Anđelko Milardović vom Zentrum für Politikforschung erläuterte die Bedeutung der neuen Direktwahl der Bürgermeister und deren Bedeutung für die Parteien. Er betonte, dass das wichtigste sei, die Wähler umfassend zu informieren und zu unterrichten. Dabei spielten die Medien natürlich eine herausragende Rolle. Dabei stellt sich naturgemäß die Frage, welchen Personen und Parteien in welchem Umfang Raum in den Print- oder elektronischen Medien Sendezeit eingeräumt werden soll? Die Medien auf lokaler Ebene sind dazu aufgerufen, unterschiedslos alle Listen und deren Kandidaten vorzustellen. Die kommerziellen Medien und die öffentlich-rechtlichen Sender (HRT) werden in ihrer Berichterstattung nach der Wichtigkeit der Parteien und deren Kandidaten auswählen. Die entscheidende Frage ist dann die, wie dieses Kriterium näher zu definieren ist.

Zum zweiten verwies Prof. Milardović auf das Problem, dass die Gewählten (Bürgermeister-) aufgrund der „Zwänge“ des Wahlergebnisses Koalitionen mit politischen Partnern eingehen müssen, mit denen sie vor der Wahl nichts zu tun haben wollten. Zum dritten stellt sich die Frage darnach, wie die Zusammenarbeit mit Politikern funktionieren soll, die aus anderen Parteien in ihre Funktion gewählt wurden.

Aleksandra Jozić Ileković, die stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Wahlkommission der Republik Kroatien, berichtete über die rechtliche Grundlage der Wahlberichterstattung in den Medien Kroatiens. Zum ersten Mal wird auch das neue Gesetz über direkte Bürgermeisterwahlen angewandt, was die besondere Aufmerksamkeit der Medien gefunden hat. Die Fachjuristen streiten gerade darüber, ob am 17. Mai nicht zwei verschiedene Wahlen stattfinden. Frau Jozić Ileković vertritt diese Meinung, da neben den Bürgermeistern auch die Gemeinderäte gewählt würden. Was die Medienberichterstattung anlangt, gebe es dafür keine eigenen Rechtsvorschriften. Es läge aber nahe, ähnliche Kriterien zugrunde zu legen, wie sie sich bei den Wahlen auf nationaler Ebene herausgebildet hätten.

Danach gelte das „Prinzip der gleichen Möglichkeiten“, d.h. dass alle Kandidaten das Recht hätten, in den Medien gleichermaßen berücksichtigt zu werden und dass sie ein Mindestmaß an Mediengutzugang Raum haben müssten. Grundsätzlich hätten die Medien die Aufgabe, einen fairen und gerechten Wahlkampf zu ermöglichen und sie hätten darauf zu achten, sich nicht „in den Dienst bestimmter Kandidaten“ stellen zu lassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

REINHARD WESSEL

29. April 2009

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

Dr. Burkhard Nowotny, freier Journalist aus Deutschland, stellte dar, wie sich die Medien in Vorwahlzeit in Deutschland verhalten und in welcher Weise sie über Parteien, Programme und Personen berichten. Eine zentrale Rolle übernehmen dabei die elektronischen Medien, vor allem das Fernsehen. Aufgrund der Rundfunkhoheit, die in Deutschland bei den einzelnen Bundesländern liegt, ist die Rechtslage zum Teil unterschiedlich. Auf nationaler Ebene hat sich aber inzwischen eine einheitliche Rechtsgrundlage entwickelt. Es gibt bestimmte Kriterien, die bei der redaktionellen Berichterstattung über Parteien berücksichtigt werden müssen. Z. B. richtet sich Umfang und Qualität vor allem nach den Ergebnissen der letzten Wahlen, aber auch die Mitgliederzahl einer Partei und deren Alter ist zu berücksichtigen. Und natürlich ist auch wichtig, ob eine Partei bereits im Parlament vertreten ist und/oder ob sie an der Regierung beteiligt war bzw. ist.

In Deutschland ist der Einfluss der Parteien auf die Entscheidungen der Politik-Redaktionen nur sehr gering. Die Gesetzeslage und die Rechtsprechung der letzten Jahrzehnte verpflichtet sowohl vor allem die öffentlich-rechtlichen als aber auch die privaten elektronischen Medien dazu, objektiv, sachlich und fair über den Wahlkampf der Parteien zu berichten. In der Art und Weise, in der sie dies tun, haben aber alle Redaktionen einen erheblichen Ermessensspielraum und große Freiheiten.

Bei den Kommunalwahlen ist die Situation anders. Weder öffentlich-rechtliche noch private Sender müssen den Kandidaten irgendwelche Aufmerksamkeit schenken, sei es in Form von Wahlspots oder redaktionellen Beiträgen. Wenn sie dies auf freiwilliger Basis tun, gelten dann die gleichen Kriterien wie bereits oben dargestellt.

Für die Printmedien gelten diese gesetzlichen Vorgaben und rechtlichen Bindungen nicht. Insofern sind sie in ihrer Berichterstattung viel freier. Diesen Freiraum nutzen die meisten Zeitungen aber - den üblichen Gesetzen des Marktes folgend - in der Regel nicht sehr extensiv aus. Eine allzu eindeutige Parteinahme würde sonst wertvolle Le-

ser, die parteipolitisch anderer Meinung sind, unnötig vom Erwerb der Zeitung abhalten.

An abschließenden Diskussion nahmen die beiden Bürgermeisterkandidaten der Stadt Koprivnica teil, Zvonimir Mršić (SDP) und Stanislav Biondić (HDZ); außerdem der Bürgermeisterkandidat der HDZ der Stadt Zagreb, Jasen Mesić, die Sekretärin der Zagreber Stadtversammlung, Frau Greta Augustinović Pavičić (SDP); Burkhard Nowotny, Ivan Rimac, Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät Zagreb, und Vlatka Jurašinović, Chefredakteurin Radio Sisak. Die Bürgermeisterkandidaten ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, um ihre politischen Programme und Ziele vorzustellen. Deutlich wurde aber auch, dass die gerade die lokalen elektronischen Medien ihren inhaltlichen und programmatischen Schwerpunkt in der Wahlkampfzeit auf die Politikberichterstattung verlagern werden. In welchem Umfang über wen, was oder wie berichtet wird, ist Gegenstand intensiver interner Diskussionen, die gerade erst begonnen hat. Jedenfalls war zu beobachten, dass diese Medien sehr darum bemüht sind, ihre Aufgabe als „4. Gewalt im Staat“ ernst und verantwortungsvoll wahrzunehmen.